

für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausfallt Briefumschlaggebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für anderweitige eingehende Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigen nur mit Anzeigenangabe, „Saale-Z.“ gefasst.

Verantwortlicher Redaktor Hr. 1180; bei Abonnementsbestellungen Hr. 1183.

Saale-Beitung.

Zwanzigviertzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Stamm mit 30 Pfg. für jede aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 Mt.

Er scheint täglich einmal, Samstags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Verwaltung: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I. Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 31.

Halle a. S., Donnerstag, den 20. Januar.

1910.

Das Vereinsgesetz im Reichstag.

20. Sitzung vom Mittwoch, den 19. Januar 1910.

Am Tische des Bundesrats: v. Schön, Delbrück. Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der Handelsvertrag mit dem Freistaat Bolivien.

Hg. Südekum (Soz.)

weist auf die Gefahr hin, die der deutschen Industrie durch politische Maßnahmen Frankreichs drohen.

Staatssekretär v. Schön:

Die Reichsverwaltung hat der gesetzgeberischen Tätigkeit in Frankreich, die auf eine wesentliche Erhöhung der Einbuhrstelle hinausgeht, von Anfang an eine sorgfältige Beachtung gewidmet. Sie hat auch nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung in geeigneter Weise auf die Nachteile zu richten, welche die in Frankreich zur Erörterung stehenden handelspolitischen Maßnahmen, wenn sie zur Einführung gelangen sollten, für die Entwicklung der handelspolitischen Beziehungen zwischen uns und Frankreich haben würden.

Der Handelsvertrag mit dem Freistaat Bolivien wird dann ohne weitere Ausprache in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Anwendung des Vereinsgesetzes.

Die Interpellation Dr. v. Blasi (lib. Fraktionsgemeinschaft) über die Anwendung des Vereinsgesetzes lautet: „Mit dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß die Anwendung des Vereinsgesetzes seitens einzelner Landesbehörden noch immer gegen das Gesetz (§§ 1, 7, 12) verstößt? Was gedenkt er zu tun, um einen solchen Mißbrauch des Vereinsgesetzes zu verhindern?“

Was gedenkt der Herr Reichsanwalt ferner zu tun, um zu verhindern, daß trotz der Erklärung, die der Staatssekretär des Innern während der Beratung des Vereinsgesetzes abgegeben hat, nach wie vor Beamte lediglich aus der Tatsache, daß Gastwirte ihre Räume zu politischen Versammlungen hergeben haben, den Grund annehmen, diesen Gastwirten die Erlaubnis zur Abhaltung von Versammlungen zu beschneiden oder zu entziehen, oder die von der Herabgabe ihrer Lokale durch Verletzung mit derartigen Schädigungen abhalten unternehmen?“

Staatssekretär Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (lib. Fr.-Gem.)

begündet die Interpellation. Der Reichstag hat das Recht, die Ausführungsbestimmungen nicht nur auf ihre materielle Rechtmäßigkeit, sondern auch auf ihre politische Zweckmäßigkeit hin zu prüfen. Er hat auch das Recht der Kritik gegenüber Mängeln in der Ausführung durch die Landesbehörden. Ferner sieht ihm auch das Recht zu, an rechtskräftigen Urteilen Kritik zu üben, wenn die Rechtsprechung systematisch und prinzipiell in falsche Wege geleitet scheint. Kaum je ist der Name eines Vereinsgesetzes in so enge Verbindung gebracht mit dem Namen eines Staatsmannes, wie das Vereinsgesetz mit dem Namen des gegenwärtigen Reichsanwalts. Er hat kein Wort bei verschiedenen Gelegenheiten für eine liberale und lokale Handhabung dieses Gesetzes verstanden. Da hätte man erwarten sollen, daß er wenigstens dieses eine Mal mit seiner

auffallenden Parlamentarismus

gebrochen (Sehr gut!) und es der Mühe wert gehalten hätte, hier im Reichstage zu erscheinen. Gerade weil wir wissen, daß er in dieser Frage loyal denkt, daß er kein verächtlicher Bureaucrat ist, hätten wir gewünscht, daß er seine ganze Autorität einsetzt hätte. Unmöglich ist die Schonheit für eine verkäufliche Bureaucratie vorbei. (Sehr gut links.) Bezeichnend ist, daß gerade aus den Staaten, deren Vertreter hier damals so scharf Reden gegen das „reaktionäre“ Vereinsgesetz gehalten haben, auch nicht die geringsten Klagen kommen. Das beweist, daß das Gesetz, das wir 1908 gemacht haben, ein gutes ist und daß wir uns seiner nicht zu schämen brauchen. Nur in Preußen und Sachsen will die Einsicht nicht wachsen. (Seiterzeit.) Die preussische und die sächsische Bureaucratie hängt mit einer gewissen Zärtlichkeit an ihren reaktionären Traditionen.

Die eine Beschwerde betrifft die Anwendung des Sprachparagraphen. Er sollte auch nach unserer Ansicht ein Schutzwall sein gegen die großpreussische nationalpolitische Bewegung, deren Gefahr wir keineswegs unterschätzen, von der wir nur behaupten müssen, daß die preussische Regierung sie mit unzulässigen Mitteln bekämpft. Auch der Sprachparagraph ist als unzulässiges Mittel heraus, er treibt die Feder geradezu in die Eckeln hinein. Aber Herr v. Bethmann Hollweg hat damals

ausdrücklich erklärt, daß diese Bestimmung des Vereinsgesetzes nicht Anwendung finden solle, wo internationale Courtoisie in Betracht komme. Eine ekkantate Verhöhnung dieser Erklärung des Staatssekretärs ist die Polizeiverfügung in Kiel, die es dem englischen Arbeiterdeputierten, Mitglied der damals gerade in Deutschland weilenden englischen Friedensdeputation, der als solcher in Berlin von den Behörden feindselig empfangen worden war, verbot, bei einer von den Sozialdemokraten veranstalteten Friedensversammlung eine Anrede in englischer Sprache zu halten; auch die Versammlung selbst wurde verboten, „weil Demonstrationen und Ausschreitungen im Gange sein könnten“. Wenn das Mode wird in Preußen, dann können wir überhaupt keine Versammlung mehr abhalten. Wundersam ist es nach solchen Fällen über die ichien Urteile, die wieder jetzt bei der englischen Wahlkampagne über die politische Entwicklung des Deutschen Reiches laut werden? Typisch ist, daß die Veranlassungen politischer Vereine jetzt, besonders in Sachsen, mit allerlei komischen Schikanen bedacht werden, besonders besteht es auf Vergnügungsveranstaltungen. Nächstens wird die Polizei anordnen, daß der Herr Meier mit der Frau Müller und der Herr Hofmann mit dem Fräulein Silber zu tanzen hat. Besonders gefährlich ist, daß wissenschaftliche, philosophische u. dergl. Vorträge mit Lichtbildern für anmeldungspflichtig behandelt werden. Die Sammelabteilungen werden geradezu lächerlich. Das Kammergericht hat mit einer Logik, die wohl auch sehr viele Juristen nicht begreifen werden, Laing abreden für unzulässig erklärt. Der Redner trägt ein großes Material von „Fällen“ vor. U. a. wurde in einer sozialdemokratischen Versammlung in Halle ein Redakteur, als er zu reden begann, verhaftet, „um ihn vor einem Verstoß gegen das Vereinsgesetz zu bewahren“. (Sehr, hört!) Wir haben im Vereinsgesetz ausdrücklich das Präventivverbot beibehalten; wir müssen den allerhöchsten Protest dagegen erheben, daß es durch eine Hintertür wieder eingeführt wird. Der Staatssekretär wird uns wohl auf den Instanzenweg verweisen; aber was nützt der, wenn es sich um Veranlassung von Versammlungen handelt! Da kommt die Beschwerde zu spät, da muß der Reichsanwalt von oben eingreifen. Die Kaufkraft ist die Lieblingspfeife einer überweltwandelnden Bureaucratie, und die Bureaucratie ist die aufgeblasene Verzerrung staatlicher Ordnung. (Seiterzeit.) Ein ungewisser Verstoß ist auch die Aufzählung von Beamtenvereinen. Und was ist das Vorgehen der eifässischen Bischöfe anders als der Versuch der

Beschränkung des Vereinsrechtes der Lehrer?

Ueber diese Charakterzüge des Simeels wird ja bei einer anderen Gelegenheit zu sprechen sein. Es ist nur zu wünschen, daß nicht nur die reichsständigen, sondern auch andere deutsche Regierungen endlich den Mut hätten, das Vereinsrecht ihrer Lehrer gegen die falsche Anmaßung der kirchlichen Macht zu schützen.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das neue Vereinsgesetz einen großen politischen Fortschritt bedeutet; um so mehr sind wir verpflichtet, über seine lokale Ausführung zu wachen. Der Reichsanwalt hatet uns mit seiner ganzen Person dafür. (Seiterzeit rechts und im Zentrum.) Wir werden alljährlich solche Debatten veranlassen, die nützlich sind der preussische und sächsische Bureaucratie einleuchtet, daß er dem Verlangen des Parlaments unter allen Umständen nachgeben muß. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Reichsleitung hat dieser Angelegenheit dauernd ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Die Bundesregierungen sind ernstlich und ehrlich befreit, dieses Gesetz auszuführen, wie es i. Z. gedacht war. Wenn trotzdem Mißstände vorkommen, so liegt das aber nicht allein daran, daß die Lokalbehörden das Gesetz beider unrichtig ausführen, sondern auch zum Teil an dem Gesetz selbst! Ich selbst habe das Gesetz in einzelnen Punkten mehrere Male lesen müssen, ehe ich verstand, wie es gemeint sei. Schon mein Amtsvorgänger hat außerdem immerzu hingewiesen auf die in den Kompetenzverhältnissen liegende Schranke. Er hat gesagt, daß nur dann, wenn die Reichsregierung glaube, daß das Gesetz nicht richtig ausgeführt werde, sie sich mit den Einzelregierungen ins Benehmen setzen könne. Andernfalls würde sie glauben müssen, sich eines Eingriffs in das Ausfühungsrecht der Einzelregierungen schuldig zu machen. Jedenfalls besteht das offene und ehrliche Bekenntnis, das Gesetz zu auszuführen, wie es bei der Verabschiedung gedacht war. Nach ein Wort über die Kritik der Rechtsprechung. Ich habe mich einer solchen Kritik stets enthalten. Und so sollte es allgemein sein. (Unruhe links.) Die Richter sind unabhängige Beamte. Und wenn man mit einem Richterpruch nicht zufrieden ist, so sollte man eben den durch das Gesetz gemieteten Instanzenweg gehen. Von zu einigen Einzelheiten, und zunächst zum § 12. In Kiel handelte es sich um einen internationalen Kongreß, sondern um eine Versammlung, zu der man auch einzelne in Deutschland anwesende Fremde eingeladen hätte. Und darauf bezog sich die Fassung meines Amtsvorgängers nicht. Dieser hatte lediglich in Bezug auf Ge-

wertsverlammungen zugelegt, daß von der Ausnahme von der Regel des § 12 Gebrauch in möglichst weitgehendem Umfange gemacht werden solle. Eine Landesbehörde von Reich wegen zu ermächtigen, generell von einer Regel Ausnahmen zu machen, das geht nicht an. Was die Saalabteilungen, Polizeistunden, Zulassungsbeschränkungen usw. anlangt, so liegt mir hier der Erfolg des preussischen Ministers des Innern vor, der die nachgeordneten Behörden anweist, keinesfalls Gewerbetreibenden Nachteile aus politischen Rücksichten zuteil werden zu lassen. Geheißt das doch einmal, so wird der Minister auf Beschwerde seiner Remedur eintreten lassen. Daß er, wenn seinen eigenen Anweisungen zuwidergehandelt wird, auf Beschwerde nicht Remedur eintreten läßt, das, m. S., ist in Preußen nicht Mode. (Lachen links.) Daß auch das Beamtenrecht hier im Zusammenhang mit dem Vereinsrecht zur Sprache kommen würde, erwartete ich nicht. Das gehört nicht in diesen Rahmen. Meinen Sie, daß durch den von Ihnen angeführten Erfolg des Eisenbahnministers die Rechte der Beamten beeinträchtigt seien, so stelle ich Ihnen anheim, das bei dem Etat des Reichseisenbahnamts zur Sprache zu bringen. Ich werde im übrigen alles heute zum Interpellanten vorgebrachte Material den Bundesregierungen zur Kenntnis bringen, und ich bin überzeugt, daß alles seine Lösung in einer Weise finden wird, die dem Kräftebewußtsein und der Würde des Reiches entspricht. (Beifall rechts.)

Sächsischer Geh. Reg.-Rat Dr. Hallbauer befreit, daß der eine oder andere Einzelfall, wie ihn der Interpellant vorgetragen, zu solchen verallgemeinernden Schlußfolgerungen auf eine illoyale Handhabung des Vereinsrechtes in Sachsen berechtige. Die sächsische Regierung habe ihrerseits ihre Behörden angewiesen, von jeder Radikalität abzuheben und das Gesetz liberal zu handhaben. Es wird Beiprehung beschlossen.

Abg. Dr. Hieser (ntl.):

Es gereicht uns zur Befriedigung, daß der Staatssekretär eine lokale Handhabung des Gesetzes als Absicht der Regierung verkündet hat. Es ist auch zu glauben, daß Mißgriffe untergeordneter Behörden vielleicht zu Anfang erklärlich sind. Was aber die Kompetenz des Reiches und Reichstages anlangt, so ist zweifellos, daß das Reich das Recht hat, die Durchführung des Gesetzes zu überwachen. Der einheitlichen Gesetzgebung muß auch eine einheitliche Durchführung folgen. Selten kommt es so, wie in diesem Falle, daß wir an Interpellationen keine Anträge knüpfen können. Ein Antrag, der die vorhandenen Mißstände mißbilligt und Abhilfe wünscht, würde sonst eher mit größter Mehrheit Annahme finden. Im Wahlkreise meines Freundes Schwabach hat die Polizei den Gebrauch der lituanischen Sprache in einer Versammlung verhindert. Das war dort eine ekkantate Verletzung des Gesetzes und der erlassenen Ministerialanordnungen. Auf eine Beschwerde ist heute, nach 2 1/2 Monaten, noch keine Antwort ergangen. (Sehr, hört!) Derartige Eigenmächtigkeiten der unteren Organe erschüttern das Vertrauen des Volkes auf Gesetz und Recht. Redner exemplifiziert dann noch auf weitere Fälle. Auch die Vermeidung öffentlicher Tanzlokale ist ein Fall gegen das Vereinsgesetz. In Würtemberg, das bemerkt er nach der äußersten Kritik, würden Klagen über die Handhabung des Vereinsrechtes nicht laut werden, wenn man ganz zufrieden. Er nimmt sodann, der herkömmliche Interpret des Gesetzes, abgeben habe: es komme bei diesem Gesetz eher sehr wie auf den Wortlaut, auf die Handhabung an, und im Sinne einer liberalen Handhabung seien „alle Regierungen einig!“ Wäge dem nun auch wirklich so sein! Denn eine illoyale Handhabung komme nur den Sozialdemokraten zugute! (Sehr richtig!)

Abg. Gans Edler zu Putzli (kon.):

Das uns hier vom Interpellanten vorgebrachte Material ist so geringfügig, daß es geradezu eine Ehrenerklärung ist für die Handhabung des Gesetzes. (Gelächter links.) Zu irgendwelchem Eingreifen des Reiches liegt keinerlei Anlaß vor. Interpellationen mit so unzureichendem Material schädigen nur das Ansehen des Reichstages.

Abg. Bren (Soz.):

Aus all den schönen Verpfehlungen kann nichts werden, wenn wir dem Gesetz nicht die Githöhe ausbreiten. Wenn Deutschland sich mit dem Sprachparagraphen vor aller Welt blamiert, so verdanken wir das Herrn Müller und dem der Blod, der sich jetzt so bitter beklagt.

Abg. Gröber (Ztr.):

Die Klagen bezogen sich alle auf Norddeutschland. Bei uns im Süden liegt ein Anlaß dazu nicht vor. Der Redner führt Beschwerde über das politische Sprachenverbot auf dem Preussener Reichstagskongreß und spricht über das Vorgehen der sächsischen Bischöfe gegen die Lehrer. Paßt es den Lehrern nicht, so können sie ja aus der Kirche austreten.

Abg. Stödel (Voc) bringt politische Klagen vor.

Abg. Engel (mit. Zgn) führt Klage darüber, daß auch die christlichen Gesellschaften oft unter der bureaukratischen Handhabung des Gesetzes leiden müssen.

Abg. Sanlen (Dm.) legt bänische Beschwerden vor. Sogar Sonnetten werden polizeilich überwacht.

Es bereitet uns eine gewisse Genugtuung, daß die Polen und das Zentrum gegen das Gesetz ein sich nichts einmischen lassen. Die Ministäre derzeitigen aus sich. Herr Groeber sollte nicht immer so tun, als ob er in Süddeutschland alle herrlich und in Preußen alle schlecht sei. (Sehr gut! rechts.) Das Gesetz ist für jeden Bundesstaat ein Fortschritt. Es wäre eine tolle Sache dem Zentrum gewisse, an Sprachenparagrafen das Gesetz freieren zu lassen, das in mancher Hinsicht umgehene Verbesserungen bringt. Gerade Preußen als Vormacht des Reiches sollte auf die sorgfältigste Ausführung des Gesetzes achten. So bin ich kein Freund der Polen, die durchaus nicht hermitas sind, aber ungerührt sollten sie nicht behandelt werden. Es würde nicht nur von den Konventionen abgehebt. Im württembergischen Oberland sorgt das Zentrum dafür, daß die Oberländer keine Säule bekommen. Das Haus verliert sich.

Vizepräsident Erbring zu Hohentsele bietet um die Ermächtigung, dem Präsidenten des kaiserlichen Parlaments anlässlich des Brandes im kaiserlichen Parlamentsgebäude das Beileid des deutschen Reichstages auszusprechen zu dürfen.

Donnerstag 1 Uhr: Zweite Lesung des Etats (Justizetat, Reichshaushaltsgesetz).
Schluß 7 1/2 Uhr.

Der Reichskanzler über die Beamtenmaßregelungen.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 19. Januar.

Das Haus ist gut besucht, die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge Reichsminister v. Bismarck, v. Holweg, v. Moltke, v. Bismarck, v. Bismarck, v. Bismarck.

Präsident v. Aretz eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr, nicht um 12 Uhr, wie angelegt war, da der König das Präsidium nicht, wie gesetzlich bestimmt, um 11 Uhr, sondern erst um 12 1/2 Uhr empfangen hatte.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen Dr. Forst (Ztr.) und Jahnke (Vole) wegen der

Beamtenmaßregelungen in Rattowitz.

Die Zentruminterpellation lautet:

„In Rattowitz sind unmittelbar und mittelbare Staatsbeamte aus Anlaß der Ausführung des kommunalen Wahlgesetzes Maßregelungen unterworfen worden. Wie rechtfertigt die kaiserliche Staatsregierung diese Beschränkung in der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte?“

Die Interpellation der Polen hat ähnlichen Inhalt. Sie fragt, wie eine solche Maßregelung mit den Grundgesetzen der Staatsverfassung und der Staatsangehörigen gesetzlich garantierten individuellen Freiheit bei der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte bei den Wahlen in Einklang zu bringen ist.

Ministerpräsident v. Bismarck antwortet auf die Interpellation. Er erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Herr Dr. Forst

begündet die Zentruminterpellation. Die Vorgänge in Rattowitz sind bereits im Reichstage behandelt worden. Zu weiteren eingehenden Besuchen müssen wir aber auch hier noch einmal darauf zurückkommen, denn die Beantwortung im Reichstage konnte uns nicht genügen. Wir haben außerdem ein Interesse an weiterer Aufklärung, denn die Welt ist rund und dreht sich. (Zustimmung.) Inzwischen ist auch bekannt geworden, daß der Regierungspräsident in Oppeln in einem vertraulichen Erlaß sich an die Stadtvorstände Obereschlüssen gemeldet hat. Durch Obereschlüssen geht ein tiefer Nix seit dem Tode des Kulturamtspräsidenten. Demals wurde aus den oben in Rattowitz gegründeten Stimmunterschieden das Zeichen der Eröpfung, das Kreuzigt, erkannt und ich heute noch aus Rücksicht auf jüdische und ungetauften Kinder nicht wieder angebracht worden, obwohl Minister v. Postkammer das angeordnet hatte. (Sehr gut! links im Zentrum.)

Der Abg. Dr. v. Jahnke (Vole) verwickelte zunächst auf die Begründung der Interpellation der Polen und der

Ministerpräsident von Bismarck

erregt das Wort. Er führte folgendes aus: Für die Regierung ist bezüglich der Geschäftsstelle entscheidend gewesen, daß die Beamten in Rattowitz großpolnischen Kandidaten ihre Stimmen gegeben haben. Es sind Großpolen, das werden Sie erkennen aus dem der Regierung vorliegenden Material. In der Polenpolitik der Staatsregierung haben konfessionelle Gegensätze niemals eine Rolle gespielt. Die Regierung lehnt es ab, diese Gegensätze mit dieser Frage zu verbinden. Das ist seitens der Polen gewünscht. Herr Dr. Forst hat den Beschluß des Ministeriums vom Jahre 1893 verlesen, wonach in den Diktanden den unmittelbaren Beamten vorgehalten wird, was für eine Stellung sie auch außerhalb des Reiches einnehmen haben. Der größte Teil der Beamten ist dem dort gegebenen Rate gefolgt. Die Regierung hat sich entschieden, in dem Rattowitz Fall von Disziplinarrufen einzelner abzugehen. Sie hat nur im Interesse des Dienstes die Verlesungen eintreten lassen, die mit keiner Schädigung im Gehalt oder Dienststellung verbunden waren. Von einer Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte oder von rechtswidrigem Vorgehen seitens der Staatsregierung kann nicht die Rede sein. Ich stelle fest, daß das Verfahren rechtmäßig war, weil das dienstliche Interesse die Maßregelung erforderte. Regeln für solche Fälle sind im Gesetz festgelegt und lassen sich auch nicht anfechten. Sie sagen nun, ein Grund könne nie in einer Stimmabgabe von Beamten gefunden werden, das soll verfassungswidrig sein. Dem gegenüber behaupte ich: Die Regierung hat das unbestreitbare Recht, einen Beamten von einem Posten zu versetzen, zu dem er nicht geeignet ist. Eine Vorfrist darüber gibt es für die Staatsregierung nicht, und dem Beweis darüber hat der Abg. Forst auch nicht führen können. In dem vorliegenden Falle hat das Interesse des Staates unbedingtes Einschreiten der Regierung erfordert. Eingebürgert in dieser Beziehung würde gerade einer Beamtenhaftigkeit mit der preussischen gegenüber am allerwenigsten am Werke sein. Ihre Treue und Vaterlandsliebe ruhen auf einem besseren Fundamente, als es früherer Jugend zu schaffen vermag. (Beifall rechts.) Sie hat dem preussischen Staate gerade um deswillen so großes geleistet, weil sie sich bemüht hat, daß sie über ihr unmittelbares amtliches Verhältniß, ihre unmittelbaren amtlichen Pflichten hinaus auch für den gesamten deutschen Staat das Beste zu tun hat. Sie hat die Beamtenhaftigkeit an dem dem Reichspräsidenten Beamtenrechts festhalten wird, auch gegenüber Bewegungen, die ihn

eingezogen verfahren, daß die individuellen Rechte des Beamten dem Interesse des Staates vorgehen haben. Wenn eine beratliche Ansicht zum Durchbruch käme, so würde eine der früheren Grundlagen des preussischen Staates erschüttert werden. Darum wird die preussische Staatsregierung an diesem Grundjah unerschütterlich festhalten. (Beifall rechts.) Man hat Herr Forst gemeint, daß die Beamten in Rattowitz hätten gar nicht annehmen können, daß sie gegen ihre Amtspflicht vertrieben, wenn sie bei Staatsverordnungen wählen einem Großpolen ihre Stimme gaben. (Zuruf im Zentr.) Es waren ja gar keine Großpolen. Herr Forst verzicht dabei die hochgepriesenen nationalen Verhältnisse in Obereschlüssen. Es gibt keine Beamten, die nicht wüßten, daß es mit keinem nationalen Bewußtsein, seinen nationalen Pflichten unvereinbar ist, bei Wahlen das Großpolentum zu wählen.

Man hat nun weiter gesagt, die Veretzung der Beamten von Rattowitz wäre auch um deswillen so ungerichtet gewesen, weil, wie der Abgeordnete Forst es auswirkt, die Welt und wäre. Andere haben jedoch gesagt, weil ja niemand wissen könne, ob wir diese Polenpolitik, die inaugurierter wurde, weiterführen würden. Die gegenwärtige Polenpolitik ist vom Fürsten Bismarck inaugurierter worden. Meinem unmittelbaren Amtsvorgänger, dem Fürsten Bismarck, wird es stets als ein großes Verdienst anzurechnen sein, daß er diese Politik mit Energie fortgesetzt hat. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Diese Politik hat die Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses, der rechten Seite bis weit in die Reihen des Liberalismus hinein, gefunden. (Zuruf im Zentrum: Weider!) Es ist deshalb nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Staatsregierung, die Prinzipien dieser Politik gegenüber ihren Beamten, welche dienstlichen, durchzuführen. Wenn ein Beamter, wie es in Rattowitz geschehen ist, in seiner Stimmabgabe zeigt, daß er die Polenpolitik der Regierung für falsch hält, daß er sie nach ihrer Überzeugung nicht zu unterstützen vermag, daß er sich im gegebenen Falle für den polnischen Kandidaten aussprechen muß, dann zeigt dieser Beamte damit, daß er in einem nationalumstürzenden und gefährlichen Orte wie Rattowitz nicht an seinem rechtmäßigen Platze ist (Verbale Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen), mag er sonst ein noch so brauchbarer, tüchtiger Beamter sein. Die Regierung hat deshalb die Pflicht, diese Beamten als ungeeignet von Rattowitz zu entfernen. Sollte es nicht getan, so hätte sie, wie die Stimmung in Obereschlüssen ist, eine ganz heillose Verwirrung angerichtet. (Zuruf im Zentr.) Insofern, meine Herren, das hätte sie getan. Sehen Sie sich doch einmal die tatsächlichen Verhältnisse an! Der deutsche Gemeinwesen, der deutsche Landwirt, der in den Diktanden die deutsche Staatsregierung beschützt, hat unter dem Besatz und unter den Anfeindungen des Polentums zu leiden. (Rufe bei den Polen: In Obereschlüssen!) In Obereschlüssen, in Polen. (Rufe bei den Polen: Ist nicht wahr!) Sie haben die Bewegung von Polen nach Obereschlüssen hinübergetragen. (Verbale Zustimmung rechts.) Wie soll man nun von diesen Elementen, von diesen Gemeinwesen und Landwirten ein Festhalten an der nationalen Gesinnung verlangen, wenn die Regierung zuließe, wie sie ihre eigenen Beamten bei der Durchführung dieser Polenpolitik in den Räden fallen. (Sehr richtig! rechts.) Ich sagte vorher, der Abg. Forst hat die ganze Angelegenheit auf konfessionelle und parteipolitische Gegensätze hin geführt und hätte den nationalen Gesichtspunkt in den Hintergrund geschoben. Ich wiederhole, der nationale Gesichtspunkt ist für die Regierung der einzig entscheidende gewesen, und darum wollen Sie mir gestatten, daß ich auch noch einige Worte über unsere Polenpolitik sage. Man wird uns vor, daß wir die polnische Gefahr überschätzen, wenn auch einige Historiker vorhanden seien, die von der Wiedereinrichtung des polnischen Nationalstaates träumen, so seien das Phantasien, man sollte eine ruhige Politik der Versöhnung treiben, dann würde die Frage sich von selbst lösen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Polen.) Sie sehen, ich schreibe die Ansichten der Gegner der preussischen Polenpolitik ganz richtig. Man hat weiter behauptet, diese preussische Polenpolitik sei es gewesen, deren größtes Hindernis jetzt sei, die den polnischen Chauvinismus großgehoben. Ich sehe diese historischen Zusammenhänge von Tatsachen anders an. Mag auch die Politik der bewaffneten Erhebung längst als ausgiebig ausgefallen worden sein und mögen sich auch die Selbsten unter den polnischen Führern ihre letzten Ziele zu erfüllen hüten, so ist doch der Gedanke und die Hoffnung auf die Wiedereinrichtung eines polnischen Nationalreiches das geistige Element, das die Polen, ob radikal oder gemäßigt, ob arm oder reich, ob hoch oder niedrig, zusammenhält und das allein der polnischen Bewegung die Stoffkraft verleiht, deren Erfolge jeder sehen muß, der sieht und sehen will. Wenn die polnische Bewegung nicht von einer solchen Idee getragen wäre, dann würde sie nie und nimmermehr die großen materiellen und geistigen Opfer haben hervorbringen können, die ihre Mitglieder bis hinüber in die überseeischen Länder bringen; und wenn man demgegenüber behauptet, es sei die preussische Polenpolitik gewesen, welche im Verlangen des lokalen Wunsches nach Erhaltung der Mutterprache und des Nationalbewußtens von der Weidenschaft entkamme habe, die die polnischen Herzen erfüllt, so ist das die geistigen Kräfte nicht richtig ein, von denen nationale Bewegungen ausgehen. (Verbale Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich weiß sehr wohl, die Herren der polnischen Fraktion lehnen die Pläne ab, die ohne Aufrechterhaltung der Unerschütterlichkeit des preussischen Staates nicht durchführbar sind, und wenn die polnische Presse in tausenden und aber tausenden von Exemplaren, wenn die Agitation in Versammlungen und von Mund zu Mund den polnischen Traum pflegt und was erhöht, dann schreibe Sie (zu den Polen) das alles von ihren Redaktionen ab. Aber ungeachtet dessen geht die Arbeit im Lande ruhig weiter, eine Arbeit, die darauf besteht ist, in jedem Polen das preussische Staatsgefühl zu erhitzen (Verbale Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen) und ist politisch, sozial und wirtschaftlich durch unerschütterliche Schranken von Deutschland zu trennen. (Verbale Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Mit dieser Arbeit soll im preussischen Staate — nicht nur in den Diktanden — ein abgeschlossenes politisches Gemeinwesen geschaffen werden, das, wenn auch erst in ferne Zukunft und wenn die Geschichte einmal günstig gegen Polen, Boden und Art zu geben soll, auf Grund deren der preussische Staat zerfallen wird. Und einer derartigen Bewegung gegenüber empfiehlt man eine Politik des Geschweizens und des Umwärtens? Was die Folge davon sein wird, lehrt uns die Geschichte: Sturz des Polentums zu Ungunsten der Deutschen, so ist es noch immer gewesen, in Perioden, wo das Deutschum nicht zumutlich gefördert und gestützt worden ist. Hat man denn vergessen,

daß reindeutsche Gemeinden und reindeutsche Landstriche notwendig polonisiert werden sind? Sieht man nicht, daß eine polnische Bevölkerung, so staatsreu und vaterlandsliebend eine ist irgend eine andere, zu verheizen und dem preussischen Staate zu entfremden? (Sehr wahr! rechts; Unruhe im Zentrum.) Preußen kann keine Politik des Kleinmuts führen, die daran zweifelt, in den national umstrittenen Bundesstellen das Deutschum als den ausschlaggebenden Faktor aufrechtzuerhalten. (Beifall rechts.) Darauf ist unsere Polenpolitik und Schul- und Anstaltspolitik gerichtet. Gewiß, wir werden mit dieser Politik nicht die Kraft der polnischen Bewegung plötzlich brechen können. (Zuruf links: Ueberhaupt nicht!) Dafür geht die Bewegung mit ihren Wurzeln tiefer zu, aber mit einer stetigen von deutschen Nationalbeamten getragenen Arbeit können wir das Deutschum materiell und kulturell soweit stärken, daß ihm das Polentum trotz seines Vordringens nichts anhaben kann, und diese Arbeit zu leisten ist Pflicht des preussischen Staates nicht nur für sich, sondern für ganz Deutschland. (Beifall rechts.) Es entpricht nicht den Tatsachen, zu behaupten, daß alle Arbeit, die wir bisher geleistet haben, vergeblich gewesen ist. Gewiß, auch unsere Anstaltspolitik ist von manchen schädlichen Nebenwirkungen begleitet, sie hat teilweise die Güterpreise ins Ungeheure gesteigert, sie hat Unruhe in die Reihen der deutschen Beamten gebracht, sie ist unzweifelhaft auch mit großen Härten verbunden. (Hört, hört!) Aber soll es denn nun nichts sein, wenn wir in einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit über 15 000 bäuerliche Stellen geschaffen haben, wenn wir 450 neue deutsche Dörfer haben entstehen lassen, wenn wir, obgleich wir mit der Anziehung von Arbeitern erst später begonnen haben, auch hierin schon Erfolge erzielt haben? Das ist rein unter dem Gesichtspunkt der inneren Kolonisation, die ich für ein zwingendes Bedürfnis halte, eine Kulturarbeit, deren Preußen sich nicht zu scheuen hat und die auf die Dauer auch dem preussischen Staat zugute kommen wird. Man soll aber nun nicht von einer Arbeit, die ihrer Natur nach weitaustragend sein muß, vor der Zeit durchschlagende Erfolge erwarten. Und vor allem nicht durch Unruhe in den eigenen Reihen den Fortschritt dieser Arbeit verzögern! Auf polnischer Seite habe ich von solcher Unruhe nichts bemerkt. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Mühen auch die radikalen Polen bisweilen mit den gemäßigten nicht übereinstimmen, weil diese ihnen nicht schnell und energig genug vorgehen, in dem Grundgedanken der Stärkung des Polentums gegenüber dem Deutschum sind sie sich alle einig, und an dieser Einigkeit sollten auch wir uns ein Beispiel nehmen. Dann wird die Zeit kommen, wo auch der begehrteste Großpol es einsehen wird, daß irgend welches Mittelwollen an den schwarz-weißen Grenzen ausgiebig ist, ebenso ausgiebig, wie der Kampf gegen deutsche Kultur und deutsches Wesen, und dann wird auch der Nationalitätenhader aufhören, der von beiden Seiten gleich bitter empfunden wird. Ich hoffe, daß die Mehrheit dieses Hauses die Regierung in ihrer Politik auch ferner unterstützen und deshalb auch anerkennen wird, daß es lediglich die Überzeugung von staatslicher Notwendigkeit war, die die Regierung zu den Entschlüssen bestimmt hat, die den Gegenstand der heutigen Interpellation bilden. (Verbale Zustimmung rechts. Zwischen bei den Polen und dem Zentrum.)

Kultusminister v. Crott zu Solz:

Die vom Abg. Forst geschilberten Kämpfe sind für die Maßnahmen der Regierung von keiner Bedeutung gewesen. Sie hat zu diesem Streite der Parteien nicht selbst Partei genommen, am allerwenigsten gegen diejenigen, die in Rattowitz für die christliche Weltanschauung eintreten zu müssen glauben. Das geht daraus hervor, daß eine ganze Reihe von Beamten und Lehrern, die für die Kandidaten des Zentrums, nicht aber für diejenigen der Polen stimmten, von den Maßnahmen der Regierung gänzlich unberührt geblieben sind. Niemand hat daran Bedenken in Rattowitz zu hegen zu unternehmen. Mit den Kandidaten in Rattowitz ist keins im Reichstage und auch heute noch Dr. Forst zugleich erwähnt worden die in Rattowitz verurteilte Peretz-Gesetz. Ich muß leider auch auf diese Verurteilung kurz eingehen, weil behauptet wurde, daß an ihr ein Oberlehrer teilgenommen habe. Ich hatte von dieser Verurteilung, wenigstens was die näheren Umstände anlangt, erst Kenntnis erhalten durch die Verhandlungen des Reichstages. Ich habe sofort Bericht eingeholt, und wenn ich auch mir noch kein abschließendes Urteil bilden kann, so sehe ich doch nicht an, schon jetzt zu erklären, wenn in der Tat ein Oberlehrer in das Komitee zur Verurteilung dieser Verurteilung eingetreten ist, in der Verurteilung selbst an dem Vorstande geblieben und es ohne Widerspruch gebildet hat, daß in dieser Verurteilung die katholische Kirche wenig angegriffen und zum Austritt aus der katholischen Kirche aufgefordert wurde, daß dann der Oberlehrer die Grenzen, die ihm kein Amt als Lehrer, auch als Lehrer von katholischen Kindern nicht überschreiten hätte und zur Rechtfertigung gezogen werden müßte. Alle diese Dinge sind aber von keiner Bedeutung für die Maßnahmen der Regierung gewesen. Für je war lediglich maßgebend, daß bei den Stadtvorordnetenmaßnahmen in Rattowitz eine Reihe von Beamten und Lehrern ihre Stimme abgegeben haben für zwei Großpolen, für zwei Anhänger der großpolnischen Partei, und daß sie dies getan haben in Obereschlüssen, auf diesem National so hoch umstrittenen Boden. Nun bestritten Sie, daß die beiden Kandidaten Großpolen gewesen seien. Es wurde heute behauptet und auch in Ihrer Presse. Daraus darf ich den Schluss ziehen, daß Sie selbst nicht für angängig halten, daß Beamte und Lehrer öffentlich für Anhänger der großpolnischen Richtung eintreten. Es würde also danach gar keine grundsätzliche Beschaffenheit zwischen uns bestehen, sondern der Streit ist nur darum dreht, ob wir oder Sie mit der Beurteilung der Kandidaten im Rechte sind. Die beiden Kandidaten sind der preussischen Kultur und der preussischen Staatsverfassung. Der preussische Katholik ist von polnischer Seite als eine durchaus harmlose, betriebsbeifördernde Persönlichkeit gekennzeichnet worden. Meine Redaktionen lauten anders, das ist ein anderes Mittelglied des Solts. Sie wissen, was das Solts in der polnischen Bewegung bedeutet. Ueberall, wo Polen sich in größeren Mengen zusammenfinden und wo die nationalpolitische Idee propagiert werden kann, da ist das erste, was geschieht, es wird ein Solts gegründet, und um ihn herum gruppiert sich das polnische Leben. Wir haben Solts in Obereschlüssen, Polen, Westpreußen, Berlin, Westfalen, so selbst in Amerika, und unter allen diesen Solts besteht eine enge Verbindung, sie beschließen einander bis über das Meer, die Verbindung wird aufrechterhalten von Obereschlüssen

Gesundheitsbesten entgegenzutreten. — Der nächste Vortrag wird über das Thema „Die Wohnung des Volkes“ gehalten werden.

Musland.

Erklärungen des Grafen Lehrenthal.

* Der Londoner Korrespondent der „Stowoje Wremja“, Sobabarotisch Wesselsky, veröffentlicht in seinem Blatt ein Interwiew mit dem Grafen Lehrenthal. Der österreichische Minister des Aeußeren sagte unter anderem:

„Man schreibt der American Bosniens und der Herzegovina fälschlich deutschem Einfluß zu. Deutschland hat aber auf Oesterreich keinerlei Einfluß ausgeübt; haben in dieser Sache überhaupt fremde Einflüsse mitgespielt, so ist es Rußlands Einfluß gewesen.“

Lehrenthal betonte, wie wünschenswert eine Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich sei. Die Möglichkeit dazu sei wohl vorhanden, da Lehrenthal erklärte, daß Oesterreich keine Expansionspolitik habe.

Königreich und Zollverhandlungen mit Amerika.

— Genau wie die Frage, ob es zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schließlich doch zum Zollkrieg kommen werde, interessiert augenblicklich in Amerika der Streit um die Kalifornische Frage in hohem Grade die Öffentlichkeit. In Washington hofft man, in diesem Punkte zu einer Verständigung mit unserer Regierung gelangen zu können, wie aus folgender Nachricht hervorgeht:

Memor. 19. Jan. Das Staatsdepartement teilt mit, es habe aus Deutschland die Nachricht empfangen, daß das Kalifornien vorwiegend an demiert werden würde durch Aufhebung des Ausfuhrzolls und Beschränkung der Produktion. In Washington erwartet man, daß die Zollfrage in einer für Amerika ziemlich zufriedenstellenden Weise erledigt werden würde.

Wie der „Berl. Z.-A.“ mitteilen kann, wurde der in der Bergabteilung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe ausgearbeitete Kalifornienentwurf entsprechend den Wünschen verschiedener Bundesstaaten umgearbeitet. Gestern fand in der Bundesratskammer eine längere eingehende Beratung über diesen revidierten Entwurf statt. An der Sitzung nahmen der preussische Handelsminister Sydow und der Oberberghauptmann v. Belsen persönlich teil.

Halle und Umgebung.

Salle a. Z. 20. Januar.

Handelskammer.

(Schluß.)

Eine längere Debatte knüpfte sich an das Referat des Herrn Freitag über die

Ordnung des Ausverkaufswesens.

Der Regierungspräsident richtete am 30. November folgenden Erlaß an die Handelskammer: „Bevor ich der Frage des Erlasses von besonderen Vorschriften in Gemäßheit der §§ 7 Abs. 2 und 9 Abs. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 nach trete, ist es mir erwünscht, die dortige Ansicht darüber zu hören, ob eine behördliche Anordnung nach §§ 7 und 9 cit. zweckmäßig oder notwendig erscheint, und welcher Inhalt im einzelnen dieser Anordnung zu geben sein würde, oder ob private Abmachungen zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, wie sie bereits von einer Anzahl Firmen in Halle a. S. vereinbart worden sind, für den Regierungsbezirk als ausreichend und vor allem als wirksam durchführbar erachtet werden. Ich erlaube ein entsprechendes Aufsehung.“ Die Handelskammer erklärte bereits in ihrer Gesamtsitzung vom 20. Oktober grundsätzlich, daß sie eine freiwillige Ordnung des Ausverkaufswesens für zweckmäßig halte, falls es gelingen sollte, alle in der Angelegenheit maßgebenden Kreise der Geschäftswelt zu einem Ansduß an eine solche zu bewegen.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Sache berichtet Herr Freitag, daß sich die Ausverkaufsordnung bereits bewährt habe und auch die Überwachungskommission erfolgreich arbeiten würde. Mit den Handelskammern in Nordhausen und Halberstadt sei eine vollständige Einigung bisher nicht zu erzielen gewesen. Die Handwerkskammer und mit ihnen die Schuhwarenändler wären, wenn die von ihnen in einer Dauer von 6 Wochen verlangte, gegen die von der Handelskammer mit nur 2 Wochen beanspruchte Ausverkaufzeit auf 4 Wochen festgelegt würde und der Weinbauseinverkauf beibehalten werden würde, mit der Ordnung einverstanden. Anfragen bei Interessenten haben sonst günstige Ergebnisse geunden. Der Referent empfiehlt, daß die Provinganda bei Radmerreinen und Innungen fortgesetzt werde.

Nach Berücksichtigung der kleineren Städte berichtet der Referent, daß Unterhandlungen mit den Radfabrikanten weiter fortgesetzt werden, aber eine Verringerung der festgesetzten Ausverkaufszeit — vier Wochen wahlfrei — wünschenswert ist. 28. Dezember und 2. Februar — kaum möglich sein werde.

Zur Sache erklärt

Der Regierungspräsident,

daß eine Einigung wohl zu erhoffen sei. Zur Befolgung der Schwierigkeiten benötige man aber viel Zeit. Er gedente erst einzugreifen, wenn keine Einigung erzielt werden kann. Dann müßte eine entsprechende Verordnung beraten und überlegt werden.

Ueber den Punkt wurde kein Beschluß gefaßt, sondern die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden.

Der Oberpräsident erklärte die Handelskammer

zur Ausgestaltung der Arbeitsnachweise

einen Geldbeitrag zu leisten. In der Ausschüßung wurde beschlossen, einen Beitrag der Handelskammer bis zur Höhe von 300 Mark zur Verfügung zu stellen. Nach dem Vortrag des Herrn Kommerzienrat Wetherber erhöhte die Versammlung den Beitrag auf 400 Mark.

Es erfolgt hierauf der Bericht des Herrn Reindke über die Prüfung der Fahrschulprüfer für Personenverkehr. Die Fahrschulverordnung des Herrn Verkehrspräsidenten der Provinz Sachsen vom 25. April 1908 betr. die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Fahrschulen) schreibt in § 32

u. a. vor, daß für Personenaufzüge veranzortlich geprüfte Führer beam. Wärter vorhanden sein müssen. Nach § 37 der Fahrschulverordnung sollen die Prüfungen erfolgen entweder durch die hierfür auserkennenden Sachverständigen der Berufsgenossenschaften, falls diesen die Überwachung auf ihren Antrag übertragen wird, sonst durch staatliche hierzu ermächtigte Ingenieure der Dampfseilüberwachungsvereine. In der Praxis hat es zu Unzufriedenheiten geführt, daß nur Ingenieure der Dampfseilüberwachungsvereine zu diesen Prüfungen ermächtigt werden können, und in der Ausschüßung vom 12. Januar wurde daher beschlossen, eine Änderung der Fahrschulverordnung dahin zu beantragen, daß auch andere und an den einzelnen Klagen leichter erreichbare Ingenieure als nur die der Dampfseilüberwachungsvereine zu diesen Prüfungen ermächtigt werden können. In diesem Sinne wurde der Beschluß auch dahin gefaßt, daß auch Betriebsingenieure, Techniker und technische Beamte als befugt für Fahrschulprüferprüfungen vorgeschlagen werden sollen. Ueber die

„Mißstände

infolge der Kennzeichnung der Gerste durch Coirin

sprach sodann Herr Reindke: „Das Gesetz betr. die vollständige Verwendung von Gerste vom 23. August 1908 gibt dem Bundesrat die Befugnis, für die zum niedrigeren Zollsaß eingeführte Gerste eine Kennzeichnung vorzuschreiben. In der vom Bundesrat erlassenen Gerstengesetzordnung ist vorgeschrieben, daß die Kennzeichnung durch Färbung von etwa 5 vom Hundert der Gerste mit Coirin bewirkt wird, ferner ist dem Reichstag die Ermächtigung erteilt, die näheren Bestimmungen über die Färbung zu treffen, auch im Falle des Bedürfnisses eine andere Art der Kennzeichnung vorzuschreiben. Es sind nun aus dem Gerstengesetzhandel und der Millereizahlreiche Klagen über Schwierigkeiten laut geworden, die sich infolge der Kennzeichnung der Gerste mit Coirin ergeben haben.“

Die Frage beschäftigt seit einiger Zeit die große Öffentlichkeit. Sie trifft mit Ausgestaltung der Schmeinezüchter ganz besonders die Kleinmüllerei, die Getreidehändler und die Säcker. Zur Abhilfe schlägt der Referent vor, dem Bundesrat eine Erhöhung der Färbung von 5 auf 10 v. H. und die Färbung nach einem besseren Farbumittel zu empfehlen. Der Antrag wird unterstützt und beschlossen. Hierauf fand eine geschlossene Sitzung statt.

Die Aufbesserung der städtischen Beamten

wird in einer der nächsten Sitzungen unsere Stadtverordneten beschäftigen.

In Weichenfels hat man am Dienstag endgültige Beschlüsse gefaßt. In der geheimen Sitzung, die sich der öffentlichen Sitzung angeschlossen, beschloßen die Stadtverordneten eine Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten um durchschnittlich 5 bis 6 Prozent.

Symphoniekonzert.

Unter der Leitung des Kapellmeisters Eduard Mörke brachte die Halle'sche Orchestervereinigung in dem vom Hofrat Richards veranstalteten 4. Symphoniekonzert die „Große Symphonie in C-Dur“ von Schubert mit vielem Erfolge zur Ausführung. Das monumentale Werk wurde, wie die darauffolgende Vorträge zur Oper „Cyrano“ (Weber), sehr schön und sorgfältig ausgearbeitet gespielt. Aufsehen erregte mit ihren phänomenalen Mitteln die als Galt erscheinende Koloratur-Soprannistin, Sopran- und Kammermärglerin Fräulein Margarete Siems aus Dresden. Die auch in der Erscheinung interessante Künstlerin brachte herrlichen Gesang und gewagte Koloraturen mit weisvollem Ausdruck und seltener Wärme zum Vortrag. Sie gab die „Götterdämmerung“ aus Delibes' „Lafm“ und die Händel'sche „Rachigallien-Arie“ (Hörsienlohe) Herr Feldweg zum besten. Die „Kaiserfäule“ waren sehr gut besetzt. Ausführliches in der heutigen Abendnummer.

Professor Robert über Odipus.

Ueber die Odipus-Sage hielt am Dienstag Herr Professor Dr. Robert einen Vortrag mit Lichtbildern zum Besten des Evangelischen Vereinshauses. Odipus ist kein Vater und heiratet seine Mutter. Das Schicksal will es so. Er erfüllt es, ohne zu wissen, was er tut. Ein graufiges Gesicht ist an sein Leben geknüpft. Unter seinen Nachkommen herrscht Mord und Todschlag. Sophokles hat dieses Thema dramatisch behandelt. In neuerer Zeit hat der Wiener Hugo v. Hofmannsthal die Sage in die Fülle des modernen Dramas gekleidet.

Prof. Robert zeigte, wie sich das Sujet entwickelte, vom Mythos zur Heltenage und wie die Handlungen verschieden motiviert werden. Am Taten, die dem Sagenkreis „Odipus“ angehören, haben wir seine schon zuvor angeführte Auslegung, die Prophezeiung, er würde seinen Vater töten und seine Mutter heiraten, die Lösung des Rätsels der Sphinx, dann die Verfolgung der Prophezeiung, die Entdeckung seiner Schandthaten, die Herrschaft der Kinder des Odipus und sein Selbst.

Der Vortrag wurde mit reichem Beifall belohnt.

Patent-Erteilungen. Eduard Kolesch-Halle: Reibungsanordnung für Fenerung mit einem über dem Kof liegenden Entgasungsraum, der durch einen mit fädrigen, festlich zum Kof führenden Gleitflächen versehenen Einfluß gebildet wird. Halle'sche Maschinen- und Dampfmaschinenfabrik, Dider u. Bernburg-Halle: Probier-Trommelgerät. Gebrauchsmuster-Eintragungen. Anhaltische Kofenwerke, Halle: Mit Kofame versehener Höhenmesser. O. S. Schaffner-Dornhoff Bez. Halle: Stabileinlage für Pneumatik.

Ca. Männer-, Jünglings- und Jugendverein in St. Ulrich. (Bastor Richter.) Am Dienstag, den 25. d. M., findet im „Wintergarten“ ein Familienabend statt. Außer beklamt, gesang- und musikalischen Darbietungen gelangt das Theaterstück „Trene um Treue“ zur Aufführung.

Die Versammlung ehemaliger Dronhingerinnen findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr im Evangelischen Vereinshaus (Kronprinz) statt.

Sportnachrichten.

Im Weimereisstadion-Matth Laster-Schießer begann gestern die vierte Partie. Laster eröffnete sie spanisch und opferte im Mittelpiel einen Bauer im Interesse des Angriffes. Schöster verteidigte sich sehr wichtig. Die Partie wurde nach 22 Zügen in schwieriger Stellung abgebrochen.

Unterhaltungsblatt.

Kofen-Felix. Originalroman von Walter Schmidt-Höpler. — Die dionysische Bais. Humoreske von Käthe Helmar. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik.

Letzte Nachrichten.

Von der großpolnischen Bewegung.

H. Berlin, 19. Jan. Wie der „Dziennik Berlinski“ meldet, hat das hiesige polnische Komitee beschlossen, den 23. Herbst der Schlacht von Tannenberg in folgender Weise zu feiern: Eine Abordnung der Polen Berlin, Brandenburgs, Stettins, Hamburgs usw. wird sich zur Eühüllung des Jagiellobenmals nach Krakau begeben. Die Abgeordneten der hiesigen Solokortvereine werden sich ihr anschließen. Das ganze Jahr hindurch will man für einen Nationalfonds sammeln. Ferner sollen Vorträge über die Bedeutung der Schlacht bei Tannenberg überall, wo Polen in Deutschland wohnen, gehalten und auch öffentliche Feiern veranstaltet werden, soweit dies angängig ist. Auch will man eine Broschüre zum Jubiläum veröffentlichen. Am 15. Juni, dem 50jährigen Bestehen der Schlacht, findet ein allgemeiner Ausflug der Polen Berlins statt.

Vom Gerbenrücklauf auf der Zeche „Holland.“

□ Gelsenkirchen, 19. Jan. (Privattelegramm.) Nachmittags 1/2 Uhr war der Stand des Grubenrücklaufs auf Zeche „Holland“ folgender: Die Reparaturen werden langsam weiter fortgesetzt, da vorläufig es nicht möglich ist, die Schachtwände auszubauen. Einige bereits eingebaute Reparaturen sind wieder zusammengebrochen. Bevor die Aufbaumarbeiten vor sich gehen können, muß erst eine Sicherung der gefährdeten Schachtböse erfolgen. Diese Arbeiten werden voraussichtlich schnell erledigt sein. Die Beschäftigten geben zurzeit noch Bedenken zu sich. Es läßt sich jedoch noch nicht übersehen, wie und wann man zu den verunglückten Arbeitern gelangen wird. Die Reparaturarbeiten sind wegen der Anruhe des Schachtes außerordentlich gefährlich. Es erfolgen unter der Leitung der Kgl. Bergbaubehörde Mattenscheid.

Aus Eiferlach.

H. Subassef, 19. Jan. In Karag übertrafste der Gondarmenführer Janos Gehen seine Geliebte mit einem Revolver. Er erschloß die Angetretene mit seinem Gewehr. Der Nebenbuhler entkam.

Vom Ausbau des Zeppelinluftschiffverkehrs.

Köln, 19. Jan. Gegenwärtig ist man hier mit dem Bau eines Zeppelinschiffes beschäftigt, der 300 Meter lang ist und 300 Personen befördern soll. Dieser Ballon wird mit acht Motoren ausgerüstet. Bei 10 Seefuntemetern genügen vier Motoren zur Beförderung dieser Passagierzahl, die übrigen vier Motoren dienen nur dazu, bei Sturm und Unwetter einzugreifen. Die Verkehrslinie, die zuerst eröffnet wird, geht von Hamburg über Köln nach Baden-Baden, die zweite von Hamburg nach London.

Unwetter in der Schweiz.

W. Bern, 19. Jan. Der starke Föhn, der in den letzten Tagen in den Alpen wehte, hat ungeheure Regengüsse mit sich geführt. Die Flüsse sind über ihre Ufer getreten und haben große Verheerungen angerichtet. Besonders stark hat das Unwetter in Wallis, im Rhonetal und im Berner Oberland geschau. Bahn- und Drahtverkehr sind vielfach unterbrochen. Allererorts werden Laubenerträge gemeldet. Das Jüngste Dierortorium verzeichnete heute früh die größte Windstärke seit langen Jahren.

Rußische Korruption.

H. Petersburg, 19. Jan. In Erwartung der Senatorenrenktion des Abgabeministeriums sind seitens des Ministers Rudolff Kleine Reklamationen angeordnet worden, die ein überraschendes Resultat gezeigt haben. Die hierzu ernannte Kommission hat bereits festgestellt, daß das Militär'schais-Departement des Ministeriums, dem der Militär'sche Staatsrat Kofowzoff, ein entfernter Verwandter des Finanzministers, vorsteht, in sehr engen Beziehungen zu den Kohlenlieferanten stehe. Dauf diekm Umstände wurden letztere immer von den Kohlenpreisen rechtzeitig in Kenntnis gesetzt, was sie zu ihrem Nutzen und zum Schaden der Krone ausnützten. Es soll sich um ganz kolossale Summen handeln, welche die Krone indirekt verloren hat.

Antialkoholbewegung in Rußland.

H. Petersburg, 19. Jan. Infolge des an den Finanzminister gerichteten Vorwurfs, daß das Finanzministerium die „geheimen Brantweinhandel“ unterließe, verließen die Vertreter des Finanzministeriums die letzte Sitzung des zurzeit hier tagenden „Antialkoholkongresses“. Der Redner Rechtsanwalt Worodin hatte ziffermäßig nachgewiesen, daß die Aufzucht über den Geheimhandel mit Brantwein von 45 auf 8 Prozent gestiegen ist, und statistisch nachgewiesen, daß das Ministerium die Rektion der Dörfer bewohnt, keine Brantweinbuden zu eröffnen, dem Ministerium unberücksichtigt gelassen werden.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Abonnementstellung beizulegen.)

- 1. G. Besenreiter. Frage 1: Ja, die Behörde hat das Recht, nachzuforschen.
- 2. Schlimme Folgen entstehen jedenfalls nicht. Die ganze Sache ist überhaupt nicht gefährlich.
- 3. Er muß sagen, daß die Schwiegermutter das Vermögen und das Einkommen verliert, das vorausgesetzt, daß natürlich dies tatsächlich der Fall ist.
- 4. Verjährung tritt in 10 Jahren ein und erstreckt sich auch auf die Erben.

Es ist bei der Sachlage wesentlich, daß er feststellt, daß die 10 000 Mark in den 20 000 Mark eingeschlossen sind und daß diese infolge dessen unverzinst gemessen sind.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brantmann; für Ausland, letzte Nachrichten und Sport: Erich Volkow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schauburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endruhat; Druck u. Verlag von Otto Hendel.

— Samstags in Halle a. S. —
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
— einschließlich Unterhaltungsblatt.

Provinzial-Nachrichten.

Eine Köpeniche in Leipzig.

Leipzig, 10. Jan. Im Kaufhaus zu Leipzig spielte sich heute Nachmittag ein Vorfall ab, der sehr auf die Tat des Hauptmanns von Rönning erinnert.

Gegen 12 Uhr mittags schickte sich ein Einbrecher in den Plenarberathungssaal des neuen Leipziger Rathhauses. Er brach durch einen Schreibeisig auf und entnahm einer Handtasche, die sich dort befand, den Betrag von 10 Mark. Dann nahm er das Seitengewehr und den Mantel eines Katsdieners an sich, legte die Sachen an und verließ unerkannt den Saal. Auf der Treppe kam ihm ein Schreiber entgegen, der, als er den fremden Mann sah, Alarm schlug. Der Einbrecher verlor dabei beim Beamteten einen heftigen Schlag in die Wangengegend, so daß er zusammenfiel und in häuslicher Zustände in das Krankenhaus geschafft werden mußte.

Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Selbstmordversuch im Gefängnis.

Harzburg, 10. Jan. Der Besitzer des Hotels National in Bad Harzburg, Buchhändler, der wegen Aufstellung eines Ruders zur Brandstiftung in Untersuchungshaft befindet und über dessen Vermögen das Konkursverfahren verhängt worden ist, hat im Antersuchungsgefängnis zu Bad Harzburg, wo er sich gegenwärtig befindet, einen Selbstmordversuch gemacht. Man fand ihn an einem Bettpfosten hängend in seiner Zelle auf. Er war bereits bewußtlos, aber den ärztlichen Bemühungen gelang es doch, ihn ins Leben zurückzuführen.

Buchhändler dürfte in den nächsten Tagen in das Braunshweiger Untersuchungsgefängnis überführt werden.

Wittenberg, 18. Jan. (Gräßlich verstimmt.) In das hiesige Paul Gerhardt-Stift wurde ein Arbeiter Brannsdorf, der am Sonnabend auf seiner Arbeitsstelle in der Roten Mühle bei Wittenberg beim Anlegen eines Riemens der Kreislage zu nahe gekommen war, schwer verletzt eingeliefert. Die Säge trennte ihm den rechten Arm nahe der Schulter ab, so daß dieser nur noch an einigen Fleisch- und Hautstücken; nach Anlegung eines provisorischen Verbandes wurde er hierher gebracht. Er ist der Erndnähre einer Frau und fünf unwillküriger Kinder, von denen das älteste 11 Jahre alt ist.

Weida, 18. Jan. (Zur Tafel.) Sonntag Abend hielt hier in einer sehr reichlich besuchten Versammlung Ingenieur Dr. Kuremburg (Berlin) einen Vortrag über die Anlage von Zolpieren unter besonderer Berücksichtigung der hier im Umfange zu errichtenden. Die Kosten werden auf etwa 1 Million Mark veranschlagt. Als Zeitdauer der Errichtung sind zwei Jahre an genommen. Man dürfe aber auf Leistung eines Aufwandes von setzen des Fünftelsumme Reuß und Gachens rechnen.

Hildburghausen, 18. Jan. (Zurückbare Geschäft.) Im benachbarten Weitzersdorf wurde einem Drisenmehlwäger, der nur auf einen Auge leben konnte, von einer Kuh das gesunde Auge ausgepöckelt. Der Mann ist nunmehr vollständig blind.

Karzen, 17. Jan. (Die ersten Frühjahrsböden.) Die Stare, wurden hier bereits gesehen; jedenfalls haben sie sich wohl etwas verfrüht, da immer noch auf einen strengen Winter gerechnet werden kann.

Vermischtes.

Vom Brand des türkischen Parlamentspalastes.

In dem prächtigen Palast, den das türkische Parlament erst vor wenigen Wochen bezogen hat, ist, wie bereits kurz gemeldet, ein Brand entzündet, der bis gestern Abend noch nicht gelöscht war.

Die Feuerwehre zeigte sich dem Elemente gegenüber machtlos. Militär wurde zur Hilfeleistung requiriert. Menschenleben sind, soweit bisher bekannt, nicht zu beklagen. Der Brand ist auf eine Explosion des Heizapparates in den Räumen des senates zurückzuführen. Infolge des heftigen Windes griffen die Kammer nach sich und breiteten sich auf das ganze Gebäude aus. Die Sitzungssäle der Kammer und des Senats sowie der Thronsaal sind vollständig vernichtet.

Den Finger Gottes" mochte Abdul Hamid, der Gefangene der Villa Mafatin, im vorigen Herbst in jener Schicksalswendung erkennen, die seinen geliebten Thronanpalast,

das glanzvolle der Zauberkünstler am Soporosus, zum Sitz der gewählten Vertretung seines befreiten Volkes machte. Den Finger Gottes mag er aber auch jetzt wieder in der Vernichtung des ihm entzogenen Palastes durch Feuer erblicken. In jener bewundernswürdigen Nacht, in der die Abgesandten der freigelegten Besatzungsmänner ihm seine Abfertigung verkündeten, hat Abdul Hamid um die Genuß, daß er nach dem unterhalb des Nilbis herrlich am Meeressgöbade gelegenen Thronanpalast gebracht werde. Dort sei er geboren, und dort wolle er seine Tage beschließen. Sein Oheim Abdul-His hatte in den letzten Jahren an der Stelle des zweijährigen Jahre alten Palastes von Belshitsch das Thronanpalast-Gebäude mit grobem Kostenaufwande gebaut. Der in den Formen der Renaissance gehaltene Bau wird von weitläufigen, prächtigen Gärten umrahmt. Dort verbrachte Abdul Hamid eine vergleichsweise sorglose Jugend, deren er sich heute, nach so viel Wechselfällen des Geschicks, gern erinnern mag. Aber die Geschichte des so lieblich gelegenen idyllischen Schloßes trägt aus dem Traubigen und Gründerischen viel. Dort ist am 4. Juni 1870 der Sultan Abdul Hamid II. in seinen Wägen feierlich aufgefunden worden. Es dauerte Jahre, bis ansehnlich nachgewiesen war, daß er sich nicht selbst, wie amtlich angegeben war, die Pulsader geöffnet hat, sondern er morderet worden ist. Dort auch war das

Gefängnis Marazb V.

seines Nachfolgers, des Sultans der hundert Tage, der in Geistesnacht fast dreißig Jahre in seinen Mauern zugebracht hat. Für die Zwecke des Parlaments war der Palast, nachdem der alte geschmacklose Bau des Justizministeriums sich als unzureichend erwiesen hatte, mit großer Sorgfalt hergerichtet worden. Nun werden sich die Erwählten der ottomanischen Nation und die Senatoren auf längere Zeit wieder mit einer bescheidenen Unterkunft begnügen müssen. Der Parlamentspalast ist infolge des starken Einsturzes trotz der größten Anstrengungen der Feuerwehre und des Militärs nicht zu retten gewesen. Nur die Marmorenmauern stehen zur Zeit noch; das Innere des herrlichen Bauwerkes ist ganz und gar verloren. Das Thron-

palast war vor einem halben Jahrhundert von dem bedeutenden armenischen Baumeister Balian mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen Mark ganz in Marmor erbaut worden. Es war das

schöne Gebäude Konstantinopels.

Wohin wegen seiner herrlichen Lage am Soporosus, wie insolge seiner ansehnlichen Mischung europäischer und orientalischer Architektur. Angeblich brach das Feuer in einem an der Südseite des Palastes gelegenen Bad- und Gefängnisbau aus. Es war ein impalpabler Anblid, wie die Flammengarden aus dem Hause hoch aufstiegen, unaufhörlich aufsteigend, dichter, heller Rauch einer weiten Fläche gleich vom Sturm weggeschwift wurde und zugleich die mächtige Brandung von Säben an der Kaimauer des Schloßes hoch emporjagte. Infolge des starken Einbrüchens erstreckte das in der Nähe des Palastes gelegene Stadtviertel Belshitsch, das fast ausschließlich aus Holzhäusern besteht, gefährdet. Der Großweir, der Kriegsminister Mahmud Scherif Pascha und die anderen Minister sowie der Präsident der Kammer Ahmed-Riza sind auf der Brandstätte anwesend, deren Umgebung eine ungeheure Volksmenge anfüllt. Kavallerie hält die Absperrung aufrecht. Die Löscharbeiten werden vom Soporosus her durch mehrere Löschißte unterstützt.

Selbstmordversuch eines jenseitigen Delsaudanten. Bei der Geldverhaftung des jenseitigen Kriegsministeriums waren fünfzig große Fehlbeträge entdeckt worden. Eine Kommission führte die Untersuchung. Bis jetzt zeigt sich ein Defizit von etwa 100.000 Francs. Als Defraudant wurde vor allem der Hauptkassierer des jenseitigen Kriegsministeriums, ein Sranierminister, bezeichnet. Während die Kommission die Untersuchung bei seiner Reife weiterführte, entsank sich der Major und führte sich in die Wägen der Sann. Insanzen gegen ihn halbit aus dem Wasser.

Erdbeben, Sturm und Kälte in Armenien. In Armenien herrscht großes Elend. In den Bezirken von Wajid und Bittis haben in den letzten Tagen große Stürme und heftige Erdbeben Verwüstungen angerichtet. Einzelheiten fehlen, da die Verbindungen unterbrochen sind. In Antiochia zwingt der Hunger die Armenier zur Auswanderung. So alten anderen Hebeln kommt eine noch nie dagewesene Kälte, jedoch bereits viele Personen erkrankt sind.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 211,70. Diskonto 198,25. Deutsche Bank 238,25. Berliner Handels-Gesellschaft 184,25. Dresdner Bank 165,25. Russische Anleihe von 1902 91,40. Lombarden 23,70. Kanada 181,70. Baltimore 117,12. Laurahütte 202,10. Bochumer Guß 252,30. Gelsenkirchen 221,37. Harpener 214,50. Phönix 224,37. A. E.-G. 262,75. Siemens & Halske 242,25. Hamburger Paketfabrik 134,87. Nordl. Lloyd 102,50. Gr. Berl. Strassenbahn 186,75. Tendenz: Fest.

Am Kassensort notierten höher: Düsseldorfener Heolbraterei 5. Ankerwerke 2. Düren 2. Sangerhäuser Maschi. 5. Vogtländische Masch. 7. Leopoldsdahl 250. Deutsche Gasglühlicht-Ges. 450. Hotelbetriebe. Ges. 450. Fraustädter Zucker 4,50. Berl. Pappenfabr. 2,50. Königsberger Zellstoff 4. Boese 2,10. Braunschweiger Jute 2,25. Deutsche Jute 2. Gebiardi & Co. 2,70. Solbrig 2. Sühr Kamungarn 5,30. Tuchfabrik Aachen 10. Merkur Wolle 2. Bismarckhütte 1,25. Donnermarckhütte 2. Gelsenkirchen Cussalt 1,90. Hoesch 2,25. König Wilhelm 2,25. Langendreer 2,25. Thüring Oelfabrik 3,75. Zimmermann 3,50. niedriger: Balcke, Tellerling & Co. 2. Eisenwerk Meyer 3,80. Lapp 2. Deutsche Steinzeug 2. Rhein. Möbelstoff 3. Schies. Zink 2. Caroline 1.

Zinn Kursnotiz. Berlin, 19. Jan. 3/4%. Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen d. 1874 67,00%. Berlin. Gubener Hatzfabrik (11% Dividende) 205,50bG. Bremer Linoleum (8%) 141,50G. Breslauer Spritzfabrik (20%) 302,00G. Deutsche Asphalt-Gesellschaft (8%) 127,00bG.

Londoner Börse vom 19. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 92,50. Rio Tinto 77,25. Geduld 27,1. Goldfields 61,2. Steel com. 80,08. Steel pref. 130,02. Rand Mines 0,53. Anaconda 10,25.

Eine neue Diskont-Ermäßigung.

Die Reichsbank ist nunmehr aus der Steuerpflicht heraus, ist seit sogar bereits eine kleine steuerfreie Notenreserve vorhanden.

Es kann jetzt als feststehend gelten, dass die Reichsbank binnen kurzem eine Diskontermäßigung - voraussichtlich im Umfange von 7/8 Proz. - vornehmen wird.

25 Prozent Rückgang.

Der Verband deutscher Spiritus- und Spirituosener-interessenten stellte in seiner Berliner Tagung fest, dass mit einem 25prozentigen dauernden Konsumrückgang zu rechnen sei, und wählte eine Kommission behufs Agitation für Beseitigung einiger schädlicher Ausführungsbestimmungen für den Handel mit denaturiertem Spiritus.

Preiserhöhung für Gusswaren.

Die Hensen-Nassenseiche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlwerke hat die Preise sämtlicher Gusswaren mit Gültigkeit vom 1. Januar ab um eine Mark erhöht.

Preiserhöhung auf dem galizischen Rohölmarkt. Wie aus Lemberg gemeldet wird, sind die Preise am galizischen Rohölmarkt in den letzten Tagen bedeutend gesunken, so dass prompte derzeit 2,45-2,51 Kr. notiert gegen 70 Heller vor wenigen Monaten. Die Produktion von Borslaw-Tustanowicz, welche im letzten Monat 1. 15 143 Zistern betrug, ist gegen die früheren Monate wesentlich zurückgegangen, hingegen hat die Expedition in den Abfallstationen bedeutend zugenommen. Auch der Bau der staatlichen Reservoirs hat grosse Fortschritte gemacht, so dass keine bedeutenden Vorräte mehr auf den Markt drücken.

Die Schlessische Immobilien-Gesellschaft schlägt die Verteilung von 5 Proz. Dividende vor.

Bedeutende Zementverträge. Man schreibt aus: Die kgl. Eisenbahndirektion Köln forderte Angebote ein zur Lieferung von 15 Mill. Kilogramm Zement. Es machte sich dabei ein starker Wettbewerb bemerkbar, welcher deutlichen Ausdruck in dem grossen Unterschied zwischen den Preisen der verschiedenen Firmen fand. Angeboten wurden die ganze Menge von der Firma, Deutsche Recordzementwerke, Lindringhausen von W. P. Portlandzement ohne Zusatz zu 3,50 Mk., Portlandzement zu 1,92 Mk., frei Entlagerung, von dem Rheinischen Westfälischen Zementyndikat, Oeseke L. W. Portlandzement 12 Mill. kg zu 1,83 Mk., frei Oeseke, 3 Mill. kg. in Wleshand hergestellt, zu 1,93 Mk., frei Zollhaus Wiesbaden-Mirke, von Fel. Blunt & Co., Aachen, 15 Mill. kg belgisches Zement zu 2,50 Mk., frei Köln-Aachen und von dem Portlandzementwerken „Teutonia“ Hannover, die ganze Menge zu 1,67 Mk. die 100 kg frei Misburg.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse. Jan. Am Frühmarkt notierten: Weizen inland 225,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländischer 165,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburger, pommer., preuss., pommerscher u. schlesischer laut 173 bis 182 mittel 166-172 geringe 165-170 russischer und Donau mittel 157-162 gering 153-156 ab Bahn und frei Wagon. Mais, amerik. mittel 160-164, türkischer mixed - - -, runder 157,00 100,00 feiner Getreide, inländische Futtergerste, mittel und gering 12,00 bis 13,00, russische und Donau leichte 12,00 bis 13,00, schwere 136-143 ab Bahn und frei Wagon. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 163-160, Taubenerben 170-150 ab Bahn und frei Wagon. Weizenroh 60-75, 20,50. Roggenroh 60-75, 20,50-22,40. Weizenkleie 11,50-12,50. Roggenkleie 11,50 bis 12,10 Mark.

Hamburg, 19. Jan. (Getreidemarkt) Weizen fest, Ostholst. Mecklbg. 158-220. Roggen rubig, Mecklbg. und Lomn. 160-180. Gerste rubig, südruss. 115-117. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 173,00. Mais fest, La Plata 122-124.

Pest, 19. Jan. Weizen fest, per April 14,23 G., 14,24 B., per Mai 13,90 G., 14,06 B., per Okt. 11,64 G., 11,65 B. Roggen per April 8,90 G., 8,91 B., per Okt. 8,96 G., 8,97 B. Hafer per April 7,96 G., 7,97 B. Mais per Mai 6,75 G., 6,75 B.

Antwerpen, 19. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt B. per Jan. 5,82. März 5,92. Mai 5,85, Juli 5,57, Sept. 5,92. F. Umsatz 125,000 kg. SKUL

Liverpool, 19. Jan. Roter Winterweizen per März 8,21/2, per Mai 7,11/2. Still. Mais, bunter, amerikanischer per Okt. - - -.

Zucker.

Hamburg, 10. Jan. Rübenzucker, I. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg.

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	12,70	12,62	12,65 Mk.
„ März	12,87	12,77	12,81 „
„ Mai	13,00	12,90	12,93 „
„ August	13,25	13,15	13,20 „
„ September	13,25	13,10	- - -
„ Oktober	11,10	11,17	11,20 „
	rubig	rubig	stetig

Kaffee.

Hamburg, 19. Jan. Good average Santos vorm. nachm. abends

per Januar	36 G.	35 1/2 G.	35 1/2 G.
„ März	36 G.	36 G.	36 G.
„ Mai	36 G.	36 1/2 G.	36 1/2 G.
„ September	35 1/2 G.	35 1/2 G.	35 1/2 G.
	rubig	rubig	rubig

Havre, 19. Jan. Kaffee good average Santos per März 47 1/2, per Mai 47, per Sept. 46 1/2, per Dez. 45 1/2.

Lizit. de Janiro, 19. Jan. Kaffee-Zufuhren 12,000 Saak in Rio 9,000 Saak in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 19. Jan. Kartoffelmehl u. Stärke 21,75-22,25 Feuchte Stärke 11,20.

Magdeburg, 19. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,75-22,25.

Spiritus.

Nordhausen, 19. Jan. Rheinweinsul 40 Vol. Proz. für 100 kg (106-107 l) 85,25-86,25 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106-107 l) 95,25-96,25 M. per loko und Januar 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (106-107 l) 85,50-85,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106-107 l) 95,50-96,50 M. per Januar-September 1910 ohne Verz. ab Brennerer.

Fettwaren und Öle.

Köln, 19. Jan. Babel öl 61,50, per Oktober 60,00.

Hamburg, 19. Jan. Städteschmelz 64,25, amerik. Steam 66,50, Chamberlain 74,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 19. Jan. Chilisalpeter per loko 8,50, Febr.-März 8,50 frei Fahrzeug Hamburg.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 19. Januar. Schlachtvieh (Schlachtwiehmärkte). Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 382 Binder, 2297 Kalber, 1443 Schafe und 12.834 Schweine. Bezahlt wurden: 100 Pfd. oder 80 kg Schlachtgewicht in Mark (besser für 1 Pfd. in Pfd. für 100 Pfd.) für Mastfleisch (Vollfleisch) und bezahlte Saugkälber 120-130 M., mit mittlere Mastkälber, und gute Saugkälber 91 bis 100 M., c. geringe Saugkälber 88-78 M., d. ältere geringe Saugkälber (Presser) - - - M.; Schafe: a. Mastlämmer und linge Mastlämmer 78-82 M., b. Mastlämmer 70-74 M., c. mässig genutzte Hammel und Schafe (Merzschafe) 55-66 Mark, Schweine: Man zahlte für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara: a. vollschöne der teureren Rassen und deren Kreuzungen 70-73 M., b. mittlere 68-71 M., c. geringe entwickeltes 6-68 M.; d. Saunen 66-63 Mark.

Verlauf und Tendenz. Vom Rindermarkt blieben etwa 160 Stück unverkauft. Der Kalbermarkt gestaltete sich glatt. Bei den Schafen fand der Bestand bis über die Hälfte Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt.

Wolle.

Bremen, 19. Jan. Baumwolle still. Upl. loko middl. 73,00 Pfg. Liverpool, 19. Jan. Baumwolle. Umsatz 8.000 Ballen, davon Import 13.400 Ballen, davon Amerikaner 5.600 Ballen.

Liverpool, 19. Jan. Ägyptische Baumwolle per März 12,56. Alexandria, 19. Jan. Ägyptische Baumwolle per März 25,12, Mai 25,09, Nov. 21,07.

Metalle.

London, 19. Jan. Chili-Kupfer fest 60 1/2, 3 Mon. 61 1/2, Zinn Straits fest 147 1/2, 3 Monate 149 1/2. Blei span, ruhig 13 1/2, englisch 14 1/2. Zink, gomatische Marke, ruhig 23 1/2, spez. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Enden.

New York.	10.1.	18.1.	Chicago.	19.1.	18.1.
Weizen p. Mai	116 1/2	116 1/2	Weizen p. Mai	108 1/2	109
„ p. Juli	108 1/2	108 1/2	„ p. Juli	110 1/2	111 1/2
Maiz p. Mai	78 1/2	78 1/2	Maiz p. Mai	67 1/2	67 1/2
„ p. Juli	76	76	„ p. Juli	67 1/2	67 1/2
Mehl Spring clear	4,70	4,70	Hafer p. Mai	4,77	4,77
Kaffee Rio No. 7	8,12	8,12	„ p. Juli	4,87	4,87
„ p. Jan.	6,65	6,75	Roggen p. Mai	8,00	8,00
„ p. Febr.	6,70	6,75	Schmalz p. Jan.	12,45	12,51
Petroleum in Cases	10,30	10,30	„ p. Mai	11,10	11,05
do. in New York	7,85	7,85			
do. in Philadelphia	7,85	7,85			

Tendenz: Weizen stetig, Mais stetig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, - unter Null.)

Stelle und Umstr.	18. Jan.	19. Jan.	Fall	Wuch
Artern, Brückenpegel	+1,18	+1,18	-	-
Nebra, Oberpegel	-3,40	-2,48	-	8
Burghausen, Oberpegel	-2,84	-2,88	-	4
Weissenfels, Oberpegel	-1,94	-2,04	-	10
Trotha, „ „ „	+3,50	+3,58	-	8
Altenburg, Oberpegel	+2,82	+2,84	-	2
Bernburg, „ „ „	+2,73	+2,84	-	11
Kalbe, Oberpegel	+3,16	+3,29	-	4
„ „ „	+3,65	+3,76	-	11

Esor. Eger, Elbe, Moldau.

Stelle	Jan.	Febr.	Wuch
Jungbunzl.	+0,40	-	18
Leipa	+1,07	-	2
Burghausen	+0,26	-	1
Prag	+0,62	-	1
Paradis	+0,18	-	13
Melk	+0,56	-	17
Leitmeritz	+1,15	-	15
Aussig	+1,46	-	22
Dresden	+0,62	-	21
„ „ „	+0,20	-	21

Aussig, 19. Jan. Perelstand plus 146 cm. Vom Oberlauf werden 88 cm Wuchs gemeldet.



